31. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

die erste Landtagswahl im „Superwahljahr 2017“ liegt hinter uns, das Saarland hat gewählt. Mein herzlicher Glückwunsch geht an Annegret Kramp-Karrenbauer und die Freunde der Saar-CDU! Diese Wahl setzt gute Signale: Die Wahlbeteiligung ist gestiegen, die CDU gewinnt erheblich hinzu und kommt auf 40,7 Prozent – und das erfreulichste, es gab eine klare Absage an rot-rot-grün! Der Schulz-Zug erleidet den ersten Getriebeschaden. Gut so!

Gestern fand auch der erste Koalitionsausschuss mit „Party-Schulz“ statt. Er konnte sich nach der anfänglichen Absage, das wichtige Treffen doch noch einrichten. Hier hat die SPD bei der Bestrafung für Wohnungseinbruch endlich ihre völlig absurde Blockadehaltung aufgegeben. Die CSU hat sich durchgesetzt: Künftig soll die Mindeststrafe bei einem Jahr liegen. Das ist ein großer Erfolg, da es sich beim Wohnungseinbruchsdiebstahl nicht um ein Kavaliersdelikt handelt.

Im Plenum des Deutschen Bundestages habe ich mich für die Fortsetzung der Bundeswehrmission am Horn von Afrika eingesetzt. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 2.

Ich wünsche Ihnen ein schönes und sonniges Wochenende!

Herzliche Grüße
Ihre

Julia Obermeier MdB | CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Deutscher Bundestag Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Neues aus dem Netz

Julia Obermeier
26. März

Der Friede in Europa ist nicht selbstverständlich. Dies zeigt uns der Blick in die Ukraine deutlich. Für mich ist klar: Wenn wir in die #Bundeswehr investieren, investieren wir in unsere Sicherheit! Mit INFORMR habe ich darüber gesprochen, warum wir in Deutschland mehr für unsere Verteidigung ausgeben müssen.

Julia Obermeier
29. März

Politik ist meine Leidenschaft! Über meinen Weg in den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen sprach ich gestern im Format „Powerful Women“ von Junge DGAP und Women in international Security Deutschland - WIIS.de! Danke für die guten Gespräche und den Erfahrungsaustausch!

Schutz für Schiffe mit Hilfsgütern

Hoffnungsschimmer für Somalia

Die Forderung der Linken, die Operation ATALANTA einzustellen, ist verantwortungslos.

„Die Hälfte der somalischen Bevölkerung, über 6 Millionen Menschen, sind von einer langanhaltenden Dürre betroffen. Eine humanitäre Katastrophe bahnt sich an.“ Julia Obermeier MdB betonte, dass die Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Welt mehr denn je auf internationale Hilfslieferungen angewiesen sei. Eine der wichtigsten Aufgaben der EUNAVFOR Somalia - Operation ATALANTA ist es, die Schiffe des UN-Welternährungsprogramms vor der Küste Somalias zu schützen. Die Nahrungsmittel, die ein Schiff geladen hat, können z.T. 1,5 Millionen Menschen einen Monat lang versorgen.

„Dieser maritime Einsatz hat es geschafft, die Piraterie am Horn von Afrika zurückzudrängen. In der Hochphase 2011, gab es rund 250 Piratenangriffe. Fast fünf Jahre lang gab es nun keine Piratenangriffe in der Region. Die Lieferungen des Welternährungsprogramms erreichen so ihr Ziel: die notleidende Bevölkerung Somalias. Außerdem sind freie und sichere Seewege für uns als Exportnation von Interesse“, so die Verteidigungspolitikerin im Plenum des Deutschen Bundestages.

Die Operation ATALANTA ist auch zukünftig notwendig. Dass vor gut zwei Wochen erstmals wieder ein Schiff von somalischen Piraten gekapert wurde, veranschaulicht dies für Obermeier: ***„Sobald die internationale Gemeinschaft ihr Engagement in der Operation ATALANTA zurückfährt, schlagen die Piraten wieder zu.“*** Die Bundeswehr beteiligt sich aktuell mit einem Seeaufklärungsflugzeug.

„Deutschland verfolgt in Somalia einen umfassenden Ansatz, der außen-, sicherheits- und entwicklungspolitische Instrumente nutzt“, so die Abgeordnete weiter. Deutschland ist einer der großen Geldgeber des Landes und setzt derzeit in der Entwicklungszusammenarbeit Mittel in Höhe von über 100 Millionen Euro ein. Von besonderer Bedeutung sei es, Somalia beim Aufbau stabiler staatlicher Strukturen und starker Sicherheitskräfte zu unterstützen, nur so könne Somalia langfristig stabilisiert werden. Die Wahl von Präsident Faramajo, eines relativ unabhängigen Kandidaten, der der Korruption den Kampf angesagt hat, ist dabei für Obermeier ***„ein Hoffnungsschimmer“.***

Meine Rede finden Sie hier: https://www.youtube.com/watch?v=xNAhA7RXO7o

60 Jahre Europäische Union

Gemeinsame Sicherheitspolitik ist wichtiger denn je!

Vor **60 Jahren** wurde der Grundstein für die Europäische Union gelegt. Die EU ist einer der **wichtigsten Pfeiler für die Friedensordnung** in Europa. Doch dieser Frieden, den viele als selbstverständlich ansehen, ist bedroht.

Zwar ist es noch immer unvorstellbar, dass innerhalb der EU ein kriegerischer Konflikt ausgetragen wird, aber in unserer **direkten Nachbarschaft** sieht das schon ganz anders aus. Dies zeigt auf bedrohliche Weise der **Blick in die Ukraine**, wo **nach wie vor ein blutiger Krieg** geführt wird.

Vom Krisenmodus zur gemeinsamen Problemlösung

Auch steht der Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten, nicht erst seit dem BREXIT, vor einer **Zerreißprobe**. Die EU ist schon lange im Krisenmodus. Das EU-Spitzenpersonal und die Staats- und Regierungschefs **hetzen von einem Krisengipfel zum nächsten**. Sei es um die – noch immer nicht vollständig überwundene – **Finanz- und Wirtschaftskrise** einzudämmen, Rettungspakete für Griechenland zu schnüren oder Maßnahmen gegen die **andauernde Migrationskrise** zu beschließen. Die **europäische Friedens- und Sicherheitsordnung** ist durch innere und äußere Krisen **in ihren Grundfesten erschüttert**. Aber es ist auch klar: Es ist eine **Kernaufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten**.

Eine stärkere europäische Zusammenarbeit kann **unsere Sicherheit in Europa** insgesamt **stärken** und dies ist auch von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewollt: **Zwei Drittel der Europäer wollen „mehr Europa" in der Außen- und Sicherheitspolitik**. Über 70 Prozent sind dafür, dass wir weitere Schritte in Richtung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas gehen.

Verantwortung für Sicherheit und Stabilität

Die Krise bietet auch eine Chance – eine Chance, die zugleich eine Verpflichtung ist. **Wir in der EU sind für unsere eigene Stabilität und Sicherheit verantwortlich**. Wenn wir uns nicht darum kümmern, wird es auch sonst niemand tun! **Als Verteidigungspolitikerin fühle ich mich diesem Ziel besonders verpflichtet.**

In Deutschland setzen wir wichtige Wegmarken, indem wir stark auf **Kooperationen mit den Armeen anderer europäischer Länder** setzen. Die deutsch-französische Brigade oder die enge Zusammenarbeit mit den niederländischen Streitkräften sind bewährte Leuchtturmprojekte.

Nun werden Rumänien und die Tschechische Republik Teile ihrer Heerestruppen in die Kommandostrukturen der Bundeswehr einbinden. **Beim Zusammenwachsen der europäischen Armeen sind wir auf einem guten Weg.**

Synergien in der Rüstungsbeschaffung nutzen

Ganz anders sieht es bei der **gemeinsamen Beschaffung von militärischer Ausrüstung** und Gerät aus. Seit Jahren diskutieren wir, wie wir hier enger zusammenarbeiten können. Doch nun müssen wir uns endlich daranmachen die

erarbeiteten Strategien und die damit verbundenen Absichtserklärungen umzusetzen.

Fakt ist, dass **rund 80 Prozent der Rüstungsbeschaffung noch immer rein national** getätigt werden. Die mangelnde Zusammenarbeit bei der Rüstungsbeschaffung kostet uns laut Schätzungen der EU-Kommission jährlich mindestens 25 Milliarden Euro.

EU-weit haben wir **37 verschiedene Typen von Transportpanzern**, **12 verschiedene Tankflugzeuge** und **19 verschiedene Kampfjets**. Diese teure Dopplung militärischer Kapazitäten können wir uns nicht mehr leisten!

Teure Dopplung: In der europäischen Union gibt es 37 verschieden Panzertypen, 12 verschiedene Tankflugzeuge und 19 verschiedene Kampfjets.

Daher ist der EU-Verteidigungsfonds ein wichtiges Vorhaben, das neben gemeinsamen Beschaffungsprojekte auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich vorantreiben soll.

Allerdings ist es auch meine feste Überzeugung, dass es in unserem strategischen Interesse liegt, **Schlüsseltechnologien in Deutschland zu halten**. Dennoch ist mehr europäische Kooperation in der Rüstungsforschung und -beschaffung möglich und notwendig.

Ohne Kompromisse geht es nicht

Um diese zu ermöglichen, müssen wir uns **auf EU-Ebene an einen Tisch setzen**. Wie schwierig das gemeinsame Vorgehen ist, zeigen die Verhandlungen über die Budgeterhöhung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA).

Zwar konnten sich die EU-Verteidigungsminister nach Jahren ohne Etatsteigerung auf einen Zuwachs einigen, doch dieser gleicht gerade einmal die Inflation aus. Auf die Appelle muss nun auch der Wille zur Einigung folgen.

Dabei lässt sich die Stärke der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht allein **an der Zahl der Panzer und Soldaten** festmachen, die wir für unsere militärische Verteidigung einbringen können.

Wichtig ist ein **vernetzter Ansatz**: Die Europäische Union muss auch **diplomatisch mit einer Stimme** sprechen, um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen und Gehör zu finden. Und auch in der **Entwicklungszusammenarbeit** bedarf es **größerer Anstrengungen**.

So hat unser Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, **Dr. Gerd Müller**, einen *„Marshallplan mit Afrika“* vorgeschlagen. Dieses europäische Projekt verfolgt das wichtige Ziel, **unseren Nachbarkontinent zu stabilisieren**.

Das alles führt uns vor Augen, dass auch **60 Jahre nach der Gründung der EU viel zu tun** bleibt: Wir haben **gemeinsame Interessen**. Diese müssen wir auch mit einer **starken gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik** durchsetzen!

Dieser Blogbeitrag von Julia Obermeier MdB erschien am 25. März 2017 in der Huffington Post: http://huff.to/2nnPyW8

Wir stehen zu unseren Verpflichtungen –

für eine starke NATO

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz herrschte große Einigkeit darüber, dass die NATO alles andere als obsolet sei. Vielmehr nehme ihre Bedeutung angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen weiter zu.

Diesen Konsens scheint der neue deutsche Außenminister Sigmar Gabriel nicht zu teilen. Vor wenigen Tagen distanzierte er sich vom 2-Prozent-Ziel der NATO, weil dies „sicherheitspolitisch nicht begründbar“ sei. Sein Vorgänger, Frank Walter Steinmeier, hatte jedoch die NATO-Erklärung vom Gipfel in Wales mitgetragen, in der dieses Ziel festgeschrieben wurde.

„Wir fordern hier von der SPD eine klare Linie zugunsten des gemeinsamen NATO-Ziels: Wir brauchen ein starkes europäisches Gewicht innerhalb der NATO. Hier muss Deutschland seinen Beitrag leisten – dies hat nichts mit Aufrüstung zu tun, sondern es geht um eine gut ausgestattete und moderne Bundeswehr und um unsere Sicherheit,“ so Julia Obermeier.

„Die Welt ist in den vergangenen 3 Jahren unsicherer geworden. Wir sollten diesen Bedrohungen nicht wehrlos gegenüber stehen!“

BAYERN IM BLICK

Julia Obermeier MdB tauscht sich mit Betriebsräte der Wehrtechnischen-, Luft- und Raumfahrtindustrie aus.

„Die Gespräche mit dem Arbeitskreis der Betriebsräte in der Wehrtechnik, Luft- und Raumfahrt (WLR) sind für mich immer sehr bereichernd. Eine leistungsstarke Industrie dieser Branchen ist für Bayern von besonderer Bedeutung“, hob Obermeier hervor.

Viele erfolgreiche Unternehmen dieses Industriezweigs **kommen aus Bayern** und sind somit auch Arbeitgeber von vielen Menschen im Freistaat. Sie sind – gemeinsam mit der großen Zahl an mittelständischen Zulieferern – nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein **Innovationsmotor mit großer Strahlkraft**.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Julia Obermeier MdB zeigt gemeinsam mit der Frauen-Union am Equal Pay Day Flagge für gerechte Bezahlung von Frauen und Männern.

„Weil es mir wichtig ist!“, sagt die Bundestagsabgeordnete, während sie bei Wind und Wetter auf dem Münchner Marienplatz steht: Der Veranstaltungstag, sei für sie ein wichtiges Zeichen, so die Abgeordnete. Deutschland liege mit **21 % bei der Lohnlücke** zwischen Männern und Frauen im europäischen Vergleich im hinteren Drittel: ***„Und wir Bayern liegen nicht gerne hinten“***, fügt sie lächelnd hinzu.

Obermeier fordert gemeinsam mit ihren Kolleginnen von der Frauen Union, dass die Tarifparteien bei Tarifverhandlungen **die Interessen der Frauen verstärkt berücksichtigen**. Den Gesetzentwurf zur Entgeltgleichheit sieht sie als richtigen und wichtigen Schritt, um Transparenz in den Unternehmen zu schaffen und zudem die gesellschaftliche Debatte voranzubringen: ***„Nur durch eine gesellschaftliche Debatte erreichen wir Veränderungen.“*** Dabei sei der Kompromiss nun so formuliert, dass er einen gangbaren Weg für die Wirtschaft darstelle.

Der in Deutschland zum zehnten Mal stattfindende Equal Pay Day ist ein internationaler Aktionstag, der **den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen** symbolisch markiert – denn **bis zu diesem Tag müssen Frauen arbeiten,** um das Einkommen zu erzielen, das Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres hatten.

Auch in sogenannten Frauenberufen komme es zu Ungerechtigkeiten, so Obermeier: ***„Wenn Verkäuferinnen im ersten Lehrjahr weniger verdienen als Verkäufer im ersten Lehrjahr, gibt es dafür keine fachliche Erklärung!“***

Grundsätzlich leisten Frauen dieselbe wertvolle Arbeit wie Männer für unsere Wirtschaft und für unsere Gesellschaft.

Foto: Gabriella Meros

Stadträtin und FU Bezirksvorsitzende, Ulrike Grimm, rief gemeinsam mit der Bundestagsabgeordneten Julia Obermeier zur Teilnahme am EqualPayDay auf dem Münchner Marienplatz auf.

Gerechtigkeit in unserem Land – bei der Wahrheit bleiben

Traditionell wird nach der Nominierung eines SPD-Kanzlerkandidaten die Debatte auf die Gerechtigkeit in unserem Land gelenkt. Auch wenn für uns als Parlamentarier bis zur Sommerpause des Deutschen Bundestages die Arbeit in den Sachfragen und noch nicht der Wahlkampf im Mittelpunkt steht, können wir uns als CDU/CSU auf diese Auseinandersetzung freuen.

Denn gerade auch beim Thema der Gerechtigkeit haben wir als **Union die besseren Argumente** als unser politischer Gegner.

Finanzielle Entlastungen

Wir empfinden es als gerecht, wenn wir – gerade bei sprudelnden Steuereinnahmen – hart arbeitende Bürgerinnen und Bürger auch finanziell entlasten. Nicht zuletzt durch die **gute und umsichtige Wirtschaftspolitik** der CDU/CSU geführten Bundesregierung, sind die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Aus diesem Grund ist für uns jetzt der Zeitpunkt erreicht, eine kräftige und **spürbare Steuererleichterung** auf den Weg zu bringen. Während SPD, GRÜNE und LINKE schon wieder mit neuen Steuererhöhungen liebäugeln, wollen wir als Union die **Bürgerinnen und Bürger** in der nächsten Wahlperiode um ein Volumen von 15 Milliarden Euro pro Jahr **entlasten** und auch den **Soli abbauen.**

Schulden tilgen

Für uns ist es aber auch eine Frage der Gerechtigkeit, nicht nur große Summen zu investieren, sondern auch Schulden zu tilgen. Diese Entlastung sind wir unseren **nachfolgenden Generationen** schuldig. Wann, wenn nicht jetzt, soll der Staat damit anfangen, endlich wieder einen Teil seines immensen Schuldenbergs zu verkleinern. Unser Koalitionspartner würde neue Schulden aufnehmen und eben nicht generationengerecht handeln.

Keine Schuldenübernahme von anderen europäischen Ländern

Wir als Union finden es auch gerecht, wenn Deutschland nicht für andere EURO-Mitgliedsstaaten die erwirtschafteten Schulden übernehmen muss. Wir sind zur Solidarität bereit. Aber das ändert nichts daran, dass jedes Land selbst eine eigenverantwortliche Haushaltspolitik verfolgen muss und eben nicht dauerhaft über seinen Verhältnissen leben kann. Äußerungen des SPD-Kanzlerkandidaten aus früheren Zeiten, lassen darüber erhebliche Zweifel aufkommen. **Mit der Union wird es weder Euro-Bonds noch eine gemeinsame Haftung für Staatsschulden geben**.

Abgelehnte Asylbewerber zurückführen

Es ist auch gerecht, wenn nur jene Flüchtlinge bei uns bleiben dürfen, die schutzbedürftig sind. Deutschland und allen voran Bayern haben in der Flüchtlingskrise **herausragende Humanität** bewiesen und tun dies immer noch. Doch das bedeutet auch, dass wir rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber zügig wieder in ihre Heimatländer zurückführen müssen. Die rot-rot-grüne Blockadehaltung hier ist für die Bevölkerung nicht nachzuvollziehen.

Julia Obermeier MdB: ***„Diese Schwarzmalerei von Martin Schulz wird unserem Land in keiner Weise gerecht. Es ist der Union und Kanzlerin Angela Merkel zu verdanken, dass es Deutschland so gut geht wie lange nicht!“***

Die Gute Nachricht

Das Wirtschaftswachstum kommt an

Das Wirtschaftswachstum kommt bei den Menschen an. Das geht aus dem Jahreswirtschaftsbericht 2017 hervor. Mit **6,1** Prozent liegt die Arbeitslosenquote auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich laut Projektion des Bundeswirtschaftsministeriums in diesem Jahr um **320.000** auf **43,8** Millionen Menschen erhöhen. Das ist ein neuer Jobrekord! Genauso positiv: **31,37** Millionen Menschen sind sozialversicherungspflichtig angestellt. Auch die Wirtschaft brummt: 2017 wird das Bruttoinlandsprodukt um **1,4** Prozent steigen. Gleichzeitig stiegen die realen Nettolöhne und Gehälter um mehr als **1,5** Prozent pro Jahr. So wird ein Arbeitnehmer im Jahr 2017 im Durchschnitt über **2.000** Euro mehr im Geldbeutel haben als noch 2013.

Bayern zu Besuch in Berlin

Danke für Euren Besuch!

Eine Besuchergruppe aus **Oberbayern** machte sich, auf Einladung der Bundestagabgeordneten Julia Obermeier, auf den Weg nach Berlin. Vier Tage lang wurde die Stadt an politischen Gesichtspunkten erkundet.

Mit der Besuchergruppe im Paul-Löbe-Haus in Berlin.

Neben einer Stadtrundfahrt und Besuchen im Bundesverteidigungsministerium, dem Deutschen Bundestag und der Stauffenberg Gedenkstätte, bot sich der Gruppe auch die Gelegenheit für ein spannendes Informationsgespräch beim Bundesnachrichtendienst.

Zu den kulinarischen Highlights zählten das Mittagessen in einer Höhe von 207 Metern im Berliner Fernsehturm und ein zünftiges Abendessen beim Besuch der bayerischen Landesvertretung in Berlin.

Als Dankeschön – und große Überraschung für mich – hat mir eine Teilnehmerin ein schönes Video geschickt. Danke, liebe Irene Seiler!

Das Video möchte ich Ihnen nicht vorenthalten: http://bit.ly/2o9jluC

Gerne bin ich für Sie da!

Büro München:
Julia Obermeier MdB
Brunhamstraße 21
81249 München

Bitte vereinbaren Sie einen Termin:
Tel: 089/ 893 99 099
Fax: 089/ 893 99 100
julia.obermeier.wk@bundestag.de

Hier erreichen Sie mich

Meine Website:

www.julia-obermeier.de

Folgen Sie mir auf Twitter:

@Julia_Obermeier

Auf Facebook:

Julia Obermeier

Schreiben Sie mir eine E-Mail:

julia.obermeier@bundestag.de

Julia Obermeier vor Ort

03.04.2017	**Vortrag am Isar-Gymnasium München**
05.04.2017 – 15.00 Uhr	**Festakt zum Spatenstich der Zweiten S-Bahn-Stammstrecke**
06.04.2017 – 18.00 Uhr	**Rednerin beim Gesprächsforum PolitikFrauenGesellschaft**
07.04.2017 – 19.00 Uhr	**Rednerin bei der Bezirksversammlung der JU Mittelfranken zum Thema: *„Bündnisse nach Außen, Bundeswehr im Inneren? – Anforderungen an moderne Sicherheitspolitik“***
12.04.2017 – 18.00 Uhr	**Podiumsdiskussion zum Film EUROPE, SHE LOVES**, Hochschule für Fernsehen und Film, Bernd-Eichinger-Platz 1, München

PS: Sie können den Erhalt des Newsletters „Post aus Berlin“ jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen, per E-Mail julia.obermeier@bundestag.de, telefonisch Tel.: 030/227 77188, per Fax: 030/227 70189 oder postalisch an: Julia Obermeier MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin